

PACK.

Januar 2010

Klimakiller Uni?

Editorial

Ein frohes neues Jahr 2010, liebe Leser. Das StudentenPACK startet ins neue Jahr mit dem Thema globale Erwärmung, fragen uns welchen Einfluss unsere Universität hat und werfen einen Blick auf verschiedene Meinungen zu dem Thema.

Des Weiteren gibt es Texte zum Stipendientag, über die Position der Uni Lübeck im CHE-Ranking, über die Kultusministerkonferenz und wenden uns in einem Kommentar dem Bildungsstreik noch einmal zu.

Natürlich berichten wir von den studentischen Gremien und studentischen Gruppen. Die Fachschaft Medizin kündigt einen Vortrag über die Finanzkrise an.

Studenten aus Paderborn erzählen von den Mühen, einen eigenen Radiosender zu gründen, und Richard Mietz von denen, einen guten Döner in Lübeck zu finden.

Dazu werfen wir einen Blick auf Zensur im Internet und die Zukunft des Flughafens Blankensee.

Wie immer gibt es einen neuen Hente und die Termine für den Januar.

Viel Spaß mit der Ausgabe...

... eure StudentenPACKer

Impressum

Das StudentenPACK erscheint während der Vorlesungszeit monatlich mit einer Auflage von 500 Stück im Eigenverlag des Allgemeinen Studierendenausschusses der Universität zu Lübeck und wird unentgeldlich abgegeben. Gedruckt wird im Druckhaus Messe, Kanalstraße 68, Lübeck.

Redaktion

Susanne Himmelsbach (V.i.S.d.P.), Sven-Thomas Antoni, Ronny Bergmann, Philipp Bohnenstengel, Andrea Kauertz, Sylvia Kiencke, Fine Kugler, Teresa Pliet, Lukas Ruge, Inga Stolz

Mitarbeit an dieser Ausgabe

Maik Petzlaff, Jannes Quer, Vera Ruge, Matthias Salzenberg, Thiemo Sprink, Jan Wiedemann, Christoph Zabel

Lektorat

Florian Kalis, Johann Sieverding

Design und Satz

Christoph Stockhusen, Inga Stolz

Kontakt

AStA der Universität zu Lübeck in 23538 Lübeck
Telefon: 0451.2 84 95 99
studentenpack@asta.uni-luebeck.de
www.asta.uni-luebeck.de

Gremienberichte

AStA

Die Veranstaltung der Feuerzangenbowle des AStAs war ein voller Erfolg. In einer gefüllten Mensa wurde in gemütlicher Atmosphäre Bowle getrunken und der Klassiker mit Heinz Rühman angesehen. Der AStA bedankt sich bei allen, die da waren.

Am 12. Dezember trafen sich AStA Mitglieder, um im Haus 24 aufzuräumen. Die Aktion war von langer Hand geplant und erwies sich als sehr nötig: Im Archiv konnten viele inzwischen absolut unnötige Akten entsorgt werden, der PC-Raum wurde aufgeräumt und insbesondere die Küche hatte es nötig gereinigt zu werden. Hinter dem Kühlschrank, dessen Inhalt vollständig entsorgt werden musste, fand sich eine tote Maus; vermutlich jene, die vor einigen Jahren im AStA als unfreiwilliges Haustier eingezogen war. Von vielen lieb gewonnen, ist der Tod der AStA-Maus als ein großer Verlust wahrgenommen worden.

Des Weiteren hat sich der AStA weiter dem Problem mutmaßlich rassistisch begründeter Abweisungen an Diskotheken gewidmet. Eindringlich bitten wir darum, uns Bescheid zu sagen, wenn ihr oder Bekannte derart diskriminiert werdet. Mehr über das Problem lest ihr auf Seite 13.

Fachschaft Medizin

Wie jedes Jahr am 1. Dezember war die Fachschaft Medizin mit einem Stand zum Welt-Aids-Tag in der Mensa vertreten. Neben den etwa 300 Kondomen und roten Schleifen, die unter die Leute gebracht wurden, gab es auch in diesem Jahr einen qualitativ hochwertigen Vortrag zum Thema HIV/AIDS von Hartmut Evermann von der Lübecker AIDS-Hilfe und PD Dr. Jan Rupp vom Institut für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene.

Am 11. Dezember fand die zweite Rock for Charity-Party im Parkhaus statt. Dieses Jahr wurden wieder über 700 Euro durch Kartenverkauf und Spenden eingenommen, die nun an die Vorwerker Diakonie gespendet werden.

Am 12. Februar 2010 wird wieder eine Semesterabschlussparty im Werkhof stattfinden, dieses Mal von der FSMED organisiert. Es werden mehrere Bands auftreten, bevor die Nacht in eine Party mit DJ übergeht. Der Karten-Vorverkauf wird in der Woche vorher beginnen.

An dieser Stelle sei auch auf den Vortrag „Angriff auf die Staatskasse – Der stille Staatsstreich der Finanzindustrie“ hingewiesen, der am 18. Januar 2010 um 18.30 Uhr im Audimax stattfinden wird. Der Referent ist Harald Schuman, Redakteur beim Berliner Tagesspiegel und Autor des Weltbestsellers „Die Globalisierungsfalle“. Dies ist, nach dem Vortrag von Dr. Reinhard Erös zum Thema Afghanistan, die zweite Veranstaltung aus der Reihe „Einblick schafft Durchblick“ der FS MED (Mehr dazu auf Seite 5)

Fachschaft CS/MLS

Der erste Vortrag aus der Student-Lecture-Reihe hat im Dezember stattgefunden. Über die gut besuchte Veranstaltung berichtet Thiemo Sprink auf Seite 4, wobei er auch die Termine für Januar und die dort anstehenden Themen bespricht.

Die Fachschaften cs|mls wünschen euch ansonsten eine erfolgreiche Prüfungszeit. Altklausuren können wie immer während der Öffnungszeiten abgeholt werden. Über neue Klausuren freut sich die Fachschaft auch immer, einfach vorbeibringen oder per E-Mail zuschicken.



Marcel Poelker und Sylvia Kiencke Foto: Lukas Ruge

Bachelorarbeit Studenten für Studenten

Student Lecture Programm der Fachschaft CS|MLS

von Thiemo Sprink

Was ist eigentlich eine Bachelorarbeit? Was machen CLSler den ganzen Tag? Und Informatiker? Womit verbringen MLSler ihre Zeit? Habt ihr euch das auch schon öfter mal gefragt? Diese und andere wichtige Fragen des Lebens möchten wir versuchen, mit euch zu beantworten. Dazu laden die Fachschaften MLS und CS alle Studierenden aller Studiengänge zu den von ihnen organisierten Student Lectures ein. Im Rahmen dieser Vorlesungsreihe stellen Lübecker Studierende ihre Abschlussarbeiten in leicht zugänglicher Form interessierten Kommilitonen vor. Los ging es bereits am 16. Dezember letzten Jahres: Jens Klingbeil hatte die, dank eines sehr interessierten Publikums, dankbare Aufgabe, die Vorlesungsreihe mit seiner Arbeit über die Untersuchung zur „Phänotypisierung mesenchymaler Stammzellen aus dem Knochenmark der Ziege. Ein Beitrag zum Stammzelltherapie des terminalen Herzmuskelversagens“ zu eröffnen. Anschließend präsentierten Sylvia Kiencke und Marcel Poelker in ihrem Vortrag „Bachelorarbeit als Informatiker: Erfahrungsberichte aus der theoretischen und praktischen Informatik“ anschaulich die Abläufe einer Bachelorarbeit in einem informatischen Institut. Die erste Student Lecture des neuen Jahres findet bereits am 13. Januar statt. Achtet einfach auf Aushänge auf dem Campus-Gelände und E-Mails in eurem Postfach. Ich hoffe, ich konnte euch ein wenig für unsere Vorlesungsreihe begeistern und kann viele von euch am 13. Januar um 17 Uhr c.t. im Hörsaal V1 zur nächsten Student Lecture begrüßen.



Vortragsreihe Fortsetzung von „Einblick schafft Durchblick“

Der stille Staatsstreich

Der Börsenstandort Frankfurt Foto: Lukas Ruge

von Christoph Zabel

Euer großes Interesse und Eure zahlreiche Teilnahme am Vortrag des Afghanistan-Experten Dr. Reinhard Erös - das Audimax war mit mehr als 400 Leuten fast voll besetzt - hat uns als Fachschaft Medizin dazu bewogen, eine Vortragsreihe unter dem Motto „Einblick schafft Durchblick“ zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen ins Leben zu rufen. Wir sind sehr froh und glücklich darüber, dass wir mit Harald Schumann, einem ausgewiesenen Finanzexperten, abermals einen sehr engagierten und aufrüttelnden Redner haben gewinnen können.

Harald Schumann ist Autor des Weltbestsellers „Die Globalisierungsfalle“ und warnte in seinem neuesten Werk „Der Globale Countdown“ bereits vor Ausbruch der Finanzkrise vor den riskanten Entwicklungen auf den Kapitalmärkten.

Inzwischen, so wird suggeriert, sei die Krise dank des entschlossenen politischen Handelns abgewendet. Es sei nur eine Frage der Zeit und der Maßnahmen, die zur Wachstumssteigerung ergriffen werden müssten, und der nächste Aufschwung komme bestimmt. Doch bestanden die politischen Maßnahmen vor allem darin, dass der Staat sich in Form direkter Zahlungen und Bürgschaften in schier unvorstellbarem Ausmaß verschuldete, um Banken und Unternehmen zu retten. Und eben diesen Retter in der Not will man jetzt zur „Wachstumsbeschleunigung“ auch noch seiner Steuereinnahmen berauben.

Unabhängig davon, ob man die fromme Hoffnung teilt, die verringerten Staatseinnahmen würden mehr als ausgeglichen, wenn das Wachstum erst wieder steigt: Sind denn die Ursachen der jetzigen Krise beseitigt? Wurden Maßnahmen ergriffen, welche ein neuerliches Ereignis dieser Art verhindern? Sind die Verantwortlichen auch zur Verantwortung gezogen worden?

Nur wenige Experten auf diesem Themengebiet sind in der Lage, diese Entwicklungen in all ihren Zusammenhängen sowie wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Konsequenzen für eine breite Öffentlichkeit so verständlich zu machen wie Harald Schumann.

Der Vortrag „Angriff auf die Staatskasse - Der stille Staatsstreich der Finanzindustrie“ findet am 18. Januar um 18:30 Uhr im AM1 des Audimax satt, der Eintritt ist frei. Wir freuen uns schon auf den sicher sehr interessanten Abend mit Euch und Harald Schumann.



Bibliothek weiterhin in Schieflage Foto: Sora Enders-Comberg

Analyse 365 Tage für die Hochschulbibliothek

Eine Bilanz des Scheiterns

von Lukas Ruge und Ronny Bergmann

Im Oktober 2008 begann eine Gruppe von Medizin-Studenten des dritten Semesters eine Aktion mit dem Ziel, die Situation der Bibliothek zu verbessern. Um ihren Initiator Anton Schmick bildete sich ein Konzept, das unter dem Namen „365 Tage für die Hochschulbibliothek" ein Jahr mit Aktivitäten für die Verbesserung des Buch- und Zeitschriftenbestandes der Lübecker Hochschulbibliothek sowie die Schaffung besserer Lernräume innerhalb der Bibliothek umfasst. Das Konzept wurde sowohl im AStA und Studierendenparlament als auch in den Fachschaften vorgestellt, wenn auch erst kurz vor dem Start oder gar im Januar 2009.

Spannungen zwischen den Gremien und den

Veranstaltern schon zu diesem Zeitpunkt sind nicht abzustreiten. Im Protokoll vom 14. Januar 2009 der Fachschaften cs|mls wird notiert, dass eine Vertreterin der Organisation zur Sitzung gekommen ist, „um die kürzlich in einem StudentenPACK-Artikel behauptete Zusammenarbeit mit den Fachschaften auch Realität werden zu lassen“. Solche organisatorischen Verwirrungen sind typisch für das gesamte Jahr, in welchem oft Aktionen angekündigt, jedoch nie durchgeführt wurden und in dem trotz ständiger Ankündigung sich regelmäßig mit AStA und StuPa – die zahlreichen Risikoübernahmen und Kostenübernahmen im Laufe des Jahres gewährten – zusammenzusetzen, selten Vertreter in den Sitzungen berichteten.

Das Konzept, wie es im Januar vorgestellt wurde, hatte zwar klar unrealistische finanzielle Ziele, klang aber ansonsten interessant. Es umfasste kulturelle Veranstaltungen und Spendenaufrufe, um einerseits auf die Situation aufmerksam zu machen, andererseits aber auch die Situation zu verbessern.

Bereits vor der ersten offiziellen Aktion Anfang Januar gab es spontane Transparente im Vorklinikum. Es wurde ein Verein gegründet und die erste Aktion für den 17. Januar angekündigt. Dort wurde das Konzept präsentiert und einige Vortragende eingeladen. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch musikalische Unterhaltung. Dass das Konzept zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht wirklich feststand, konnte auch Außenstehenden kaum verborgen werden. Finanziell war die Veranstaltung kein Erfolg.

An Ideen und Engagement mangelte es die darauffolgende Zeit nicht: Die Pop-Symphonics veranstalteten ein Konzert, dessen Einnahmen an den Verein der Aktion gingen. Es gab eine Kooperation mit der Blutspendezentrale und einzelne Verkaufsaktionen vor der Mensa sowie einen Kulturabend im Rathaus. Doch auch an Chaos mangelte es nicht: Früher vorgestellte Ideen wurden fallen gelassen, etwa eine Auktion von Bildern. Auch haperte es mit der Publicity. Trotz einiger Artikel, etwa im Wochenspiegel oder den LN, wussten viele nicht genau, was die Probleme seien und wie die Gruppe sie ändern wollte.

Eine Evaluation der Bibliothekssituation und Verbesserungswünsche seitens der Studenten fand zwar im Zusammenhang mit der Lehrevaluation statt. Eine Auswertung der Ergebnisse scheint intern wohl vorgenommen worden zu sein. Zu einer Veröffentlichung der Ergebnisse sieht sich die Initiative jedoch nicht verpflichtet, noch wurden erkennbare Konsequenzen aus diesen gezogen.

Neben einer adäquaten Analyse der Ursachen mangelte es außerdem an einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit: Niemand aus der studentischen Gruppe erwähnte, dass es bereits 1999 und 2003 Aktionen um Verbesserungen in der Bibliothek gab, was diese gebracht hätten und was man stattdessen nun besser machen könne, damit heute die Aktion eine langfristige Verbesserung bringt.

Vielseitig wurde vom StuPa, vor allem aber auch vom AStA angeboten, bei den Aktionen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Meist blieben auf den Sitzungen des AStA jedoch nur in den Raum gestellte Fragen unbeantwortet, wenn es um die Bibliotheksinitiative ging.

Bibliotheksmitarbeiter fordern derweil insbesondere eine bessere Kommunikation zwischen Bibliothek und Hochschulangehörigen, um Neuanschaffungen besser zu koordinieren. Es gibt für jeden Studenten die Möglichkeit, Anschaffungswünsche zu äußern, doch nur wenige nehmen dies wahr.

Es steht außer Frage: Eine Initiative zur Verbesserung der Situation der Bibliothek ist eine gute Idee. Es ist auch richtig, dass Studenten in die Auswahl und Anschaffung von Büchern und Zeitschriften einbezogen sein sollten. „365 Tage für die Hochschulbibliothek“ ist sicherlich aus vielen Gründen gescheitert: Das Interesse der Studenten war entweder nicht existent oder konnte nicht geweckt werden, das finanzielle Problem der Bibliothek einfach zu groß und leider die Organisation und Struktur der Gruppe nicht ausreichend.

Dennoch: Auch wenn das Ziel am Ende verfehlt wurde, sei festgehalten, dass die Veranstaltungen mit den Pop Symphonics oder im Rathaus eine hohe Qualität hatten. Insofern haben sich diese 365 Tage dann doch gelohnt.



UNIVISION Bericht von der Vollversammlung

Vollversammlung ohne voll

Professor Peter Dominiak Foto: Lukas Ruge

VON SUSANNE HIMMELSBACH

Es hat rumort an der Uni während der letzten Wochen. „Die wollen die Fakultäten auflösen!“, hörte man immer wieder von schockierten Studenten und vereinzelt machte sich die Sorge breit, dass dadurch der komplette Studienstandort Lübeck bedroht sei. Tatsächlich war der Informationsfluss anfänglich recht langsam von statten gegangen. Zunächst wurde der Senat in Kenntnis gesetzt, darüber dann die studentischen Gremien. Schließlich wurden alle Studenten eingeladen, sich während der darauf folgenden Senatssitzung zu informieren. Doch war dies offensichtlich nicht der optimale Rahmen, um die breite Öffentlichkeit von den Änderungen in Kenntnis zu setzen. Und so war Prof. Peter Dominiak, Präsident der Universität, gerne bereit, der Bitte der studentischen Senatsmitglieder, David Krug und Michael Drefahl, nachzukommen und eine gesonderte Infoveranstaltung anzubieten.

So wurde zu einer Vollversammlung geladen – die, wie sich später herausstellte, aus satzungstechnischen Gründen gar keine war – und Prof. Dominiak erläuterte erneut, welche Veränderungen der Uni bevor stünden. Zunächst lies er das Auditorium nachvollziehen, wie es zu den Ideen für die Umstrukturierung gekommen war,

dann ging er auf die Neuerungen ein, über die im Wesentlichen schon in der Novemberausgabe des StudentenPACKs berichtet wurde. Unterm Strich soll erreicht werden, dass die Stimme der Lübecker gegenüber den Kielern mehr Gewicht bekommt, als das jetzt der Fall ist, Drittmittel sollen sinnvoller eingesetzt werden können und die Lehre – insbesondere die Didaktik der Lehrenden – soll weiter verbessert werden. Die Gelder, die diese Umstellung kosten wird, sollen vor allem durch die erneut beantragte Exzellenzinitiative angespült werden. Dies soll wird bis Ende 2011 ins Auge gefasst und dann wolle man, so Dominiak, bis 2020 die Umstrukturierung zur Stiftungsuniversität in Angriff nehmen.

Nach dem Vortrag nahm sich Dominiak noch die Zeit, die Fragen der Studenten zu beantworten: Es wurde die Defusionierung des UKSH thematisiert, welches Teil des Campusrates werden soll, aber damit auch eine Kieler Stimme auf dem Campus behält. Dominiak konnte hier die Sorge vor einer störenden Instanz nehmen, da es feste Absprachen zwischen den Kielern und den Lübeckern geben wird und der Campusrat ausschließlich eine beratende Funktion inne haben soll. Später wurde noch gefragt, wie groß die Mitsprache der Kieler künftig noch sein solle und ob man auf Konfrontation aus sei. Letzteres sei natürlich nicht der Fall, man wolle keinen Streit schüren. Nach den neuen Plänen werde Lübeck aber eine komplett eigenständige Universität, in der Kiel soweit nichts mehr zu sagen habe.

Auch wurde die Sorge um die studentische Mitbestimmung zur Sprache gebracht, da ja geplant ist, die Konvente, wie sie jetzt bestehen, aufzulösen. Dominiak beschwichtigte aber, dass es keinesfalls geplant sei, die studentische Stimme zu schwächen. Formal sei es durchaus möglich, die Konvente zu erhalten, auch wenn sie dann „Senatsausschüsse“ heißen sollen. Welche Rechte und Pflichten den Studierenden zugesprochen werden, könne auf jeden Fall noch festgelegt werden. Die Größe des Senates wird sich jedoch nicht verändern, auch wenn die Konvente darin aufgehen, da die Mitgliederzahl von 13 gesetzlich vorgeschrieben ist. Indirekt wird dieses Gremium jedoch größer und wichtiger werden und es wird mehr Leute mit Rederecht geben. Und um die Studenten zu stärken wäre es sogar möglich, ihnen einen Platz im Stiftungsrat einzuräumen.

Was passiere, wenn die Pläne nicht durch die Exzellenzinitiative gegenfinanziert werden, wollte ein Student wissen. Dann, so Dominiak, müsse man wohl kleinere Töne machen, doch abbringen lassen wolle man sich nicht. Er sei aber zuversichtlich, denn allein um sich bewerben zu können, müsse die Uni schon gut vorarbeiten, was eventuellen Geldgebern zeigt, dass die Uni auf dem richtigen Weg ist und sie dadurch interessant mache.

Zwar sind in der neuen Landesregierung Studiengebühren vorerst vom Tisch, doch wie wird das in einer Stiftungsuni sein? Hier gab Dominiak zunächst offen zu, dass er sich schon vor einiger Zeit pro Studiengebühren ausgesprochen habe. Doch habe das Beispiel aus den anderen Bundesländern in der Zwischenzeit mittlerweile gezeigt, dass Deutschland verhältnismäßig schlecht dastehe, was die Vergabe von Stipendien angeht. Geplant sei aber, egal ob es zu Gebühren kommt oder nicht, einen Sozialfond einzurichten, der Studenten, deren Eltern sich das nicht leisten können, nicht in die sichere Armut führt. „Wir sind die einzige staatliche Uni, in der Sie Geld von uns bekommen und nicht wir von Ihnen“, bewarb Dominiak sein Projekt. Denn letztendlich profitiere ja die Uni und auch das Land vom erhöhten Zulauf derer, die kommen, weil sie hier nicht zahlen müssen.

Blieb also noch die eine beherrschende Frage, um die sich einige schon zuvor gesorgt haben: Wird unsere Universität geschlossen? Auch hier konnte Dominiak beruhigen: Zwar könne im Moment das Land fast jederzeit beschließen, dass Lübeck nicht mehr notwendig ist, jedoch seien gerade erst 350 Millionen Euro in das UKSH Lübeck investiert sowie Gebäude wie das Haus 64 und das AudiMax gebaut worden. Das lasse sich nicht mehr wegrationalisieren und somit sei die Uni relativ sicher. Wenn Lübeck aber erst zur Stiftungsuniversität geworden ist, kann sie so schnell aber nicht mehr geschlossen werden, da dafür dann erst Gesetze geändert werden müssten.

Bewertung Wir im Vergleich

Uni Lübeck im neuen CHE-Ranking

von Susanne Himmelsbach

Im Hochschulranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) gehört die Universität zu Lübeck schon seit einigen Jahren immer wieder zur Spitzengruppe: klein, gute Pro-Kopf-Betreuung, hohe Studentenzufriedenheit, gute Lehre. Und immer mehr wird die Uni zu einem Studentenmagneten, insbesondere in der Medizin. Ende des vergangenen Jahres gab das CHE neue Zahlen und Ranglisten heraus. Dieses Mal nicht bezogen auf die Qualität der Lehre, sondern auf die der Forschung. In zwei der Rankings ist auch Lübeck vertreten: zum einen im Fach Medizin, zum anderen – und das ist neu – in der Informatik.

Für das medizinische Ranking wurden 35 Unis miteinander verglichen. Es wurden „die verausgabten Drittmittel, die Ergebnisse einer bibliometrischen Analyse sowie die Anzahl der Promotionen und Erfindungsmeldungen“ für die Bewertung berücksichtigt. Wer dabei in mindestens fünf von neun Bereichen zur Spitzengruppe gehörte, darf sich künftig als „forschungsstarke Hochschule“ bezeichnen. Klarer Sieger in der Medizin ist die Uni Tübingen, die außer bei den Zitationen überall zur Spitzengruppe gehört und zudem noch eine hohe Reputation bei dazu befragten Hochschulprofessoren erlangt. Lübeck ist hier leider nicht vertreten. Doch nur, weil Lübeck nicht zu den Gesamtsiegern gehört, heißt das nicht, dass die Uni nicht in der einen oder anderen Teildisziplin mithalten kann.

Zunächst wurden die Drittmittel näher beleuchtet. Hier berücksichtigt wurden Mittel von der DFG, von der EU, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, weiteren Bundes- und Landesgeldern sowie Mittel von Stiftungen, vom DAAD, für Graduiertenkollegs und aus der Privatwirtschaft. Bester in dieser Kategorie ist die LMU München mit knapp 115,4 Millionen Euro jährlich, was rund 729000 Euro pro Professor entspricht. Gleich danach kommt die Berliner Charité, doch schon auf dem 3. Platz, den die Uni Heidelberg erreicht, stehen insgesamt nur noch knapp die Hälfte an Geldern zur Verfügung. Lübeck ist relativ weit abgeschlagen, gehört mit 13,2 Millionen insgesamt zur Schlussgruppe, kann sich aber zumindest mit der Pro-Kopf-Verteilung je Professor (236200 Euro) noch in die Mittelgruppe retten. Während die LMU und die Charité das meiste Geld von der DFG bekommen, die LMU zudem herausragend ist, was wirtschaftliche Förderung angeht, so bezieht Lübeck die meisten Drittmittel aus EU-, Bundes- und Landesgeldern.

Einen weiteren Unterpunkt der Bewertung stellen die Publikationen dar. In einem komplexen Verfahren errechnet das CHE hier, welcher Wissenschaftler von welchem Institut an welcher Universität was veröffentlicht hat und wie oft zitiert wurde. In der Spitzengruppe schon bekannte Namen: Da sind die Berliner, die beiden Münchner Unis, Tübingen, Hannover und Heidelberg. Doch während die Charité nur in der absoluten Menge punktet, bei Publikationen je Prof und Zitationen je Paper nur in der Mittelgruppe landet, stellt die TU München wohl den wahren Testsieger: Als einzige Uni bekommt sie drei grüne Punkte. Lübeck scheint auf den ersten Blick wieder weit abgeschlagen in der Schlussgruppe. Doch bei genauerer Betrachtung

sieht man in der gleichen Zeile auch einen grünen Punkt: Je Professor wurde 18,6 Mal publiziert. Damit ist Lübeck auf Platz 8, also ganz weit vorne mit dabei und verdient sich sogar eine Erwähnung im Text: „Hervorzuheben ist die Medizinsche Universität Lübeck“; da kann man sogar verschmerzen, dass unsere Uni eigentlich gar nicht mehr so heißt.

Ganz ähnlich sieht es bei den Promotionen aus: Die große Masse an den großen Unis, als Sieger darf sich hier Freiburg wähnen. Lübeck ist insgesamt erneut nur Mittelfeld. Was aber die Promotionen je Prof angeht, teilt sich unsere Uni den 9. Platz mit der LMU München und den Kielern.

Der letzte Aspekt, der in den objektiven Teil des Rankings einfloss, waren die Erfindungen, die sowohl von Professoren als auch von wissenschaftlichen Mitarbeitern der Institute stammen konnten. Dabei wies das CHE gesondert darauf hin, dass die Erfindungsmeldungen „für eine anwendungs- bzw. transferorientierte Forschung“ stünden. Ganz oben stehen auch hier die Charité und Tübingen. Freiburg, die LMU und Mainz sind nicht weit entfernt, sogar Hamburg reiht sich noch mit ein. Weit abgeschlagen – und dieses Mal wirklich – ist Lübeck, mit 9,7 Erfindungen pro Jahr (zum Vergleich Charité: 61,7). Und auch 1,7 Erfindungen je Prof reichen höchstens noch für einen knappen Sprung ins Mittelfeld.

Angesichts des Gesamteindrucks überrascht es nicht, dass die Professoren, die befragt wurden, welche Unis sie als in der Forschung führend betrachten, Lübeck nicht mit aufzählten. Da gehen nun mal renommierte Namen, wie Heidelberg, LMU, Charité, Freiburg, TU München und Hannover viel leichter von den Lippen.

Angesichts der Größe – oder besser der Kleine – der Fakultät muss sich Lübeck jedoch mit Sicherheit nicht verstecken. Die ganzen Doktoranden müssen einfach ein bisschen reger publizieren.

Doch Lübeck besteht ja nicht nur aus Medizinern. Erstmalig rankte das CHE 2009 auch die Informatik. Dabei wurden 61 Universitäten in Sachen Drittmittel und Promotionen verglichen. Auf eine bibliometrische Analyse wurde zunächst verzichtet, da es noch keine „geeignete Datenbasis“ gebe, mit der ein Vergleich möglich wäre. Nach CHE-Angaben beschäftige sich der Fakultätentag Informatik derzeit mit einer solchen Datenbasis, diese solle dann im nächsten Rankingszyklus auch mit einbezogen werden.

Insgesamt gab es also vier Spitzenplätze (zwei absolute, zwei relative) zu erreichen. Unis, die drei oder mehr erlangten, dürfen sich forschungsstark nennen. Volle Punktzahl und zusätzlich eine gute Reputation durch die Professoren erreichten demnach das Karlsruher Institut für Technologie (KIT), die TU München sowie die Uni Saarbrücken.

Bei der Drittmittelvergabe wurde wieder berücksichtigt, was von DFG, von EU, Bund und Ländern, was von DAAD, Stiftungen oder Wirtschaft gezahlt wurde. Das größte Einkommen konnte dabei die TU Berlin verzeichnen: über 12,9 Millionen Euro insgesamt, rund 135.000 Euro pro Wissenschaftler. Dicht folgten hier Saarbrücken, das KIT und die TU München. Lübeck gehörte mit 1,7 Millionen insgesamt und 33.400 Euro je Wissenschaftler immerhin zum soliden Mittelfeld und ist damit knapp vor den Kielern, die Gefahr laufen, in die Schlussgruppe abzurutschen. Das meiste Geld der Lübecker stammt hier von der DFG, einiges sind aber auch Fördermittel von Bund und Ländern.

An der Spitze des Promotionsrankings steht mit 36 pro Jahr die TU München, doch wird die Pro-Professor-Zahl von 1,2 noch von Bielefeld (1,8) und dem KIT (1,7) geschlagen. Die Lübecker Doktoranden müssen sich allerdings noch ein wenig ran halten. Denn mit 5,3 Publikationen pro Jahr und nur 0,4 pro Professor müssen sie Angst haben, bald zur Schlussgruppe zu gehören.

Doch auch hier gilt: Die Fakultät ist relativ klein und kann lang nicht in solchen Massen produzieren, wie die großen Unis, die dementsprechend auch einen Spitzenplatz in der Reputation bekommen (TU München, KIT, RWTH Aachen und Saarbrücken).

Trotz allem: Angesichts der Drittmittelzahlen, die sowohl in der Informatik als auch in der Medizin eher gering sind, können wir doch sagen: Wir haben das Beste rausgeholt! Und sowieso: In der Lehre sind wir immer noch spitze!

Finanzielle Unterstützung: Bericht vom Stipendientag

Geld für Leistung und Engagement

von Vera Ruge

Am 2. Dezember fand im Audimax der von den Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierte Stipendientag statt, in welchem die Möglichkeit geboten wurde, sich von Stipendiaten verschiedenster Stiftungen auch mal etwas informeller beraten zu lassen.

Wenn es um Stipendien geht ist besonders eine Frage von großem Interesse und zwar, welche Voraussetzungen man erfüllen muss, um für eben diese überhaupt in Frage zu kommen.

Auch wenn eine Vorraussetzung unumgänglich überdurchschnittliche Leistungen im Studium sind, wies Sophie Kollbeck, eine Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung, darauf hin, dass dies durchaus wörtlich zu nehmen sei: „Ist der Durchschnitt einer Klausur zum Beispiel 60 Prozent und man hat selbst 61 Prozent geschrieben, dann ist das eine 4 und trotzdem eine überdurchschnittliche Leistung", erklärte sie in einem kurzen Vortrag zu Beginn der Veranstaltung und so sei es schade, wenn Studenten die Möglichkeit dieses Stipendientages nicht wahrnähmen, in dem Glauben, dass Stipendien Einser-Studenten vorbehalten wären, fügte sie etwas später hinzu.

Ein weiteres Kriterium zum Erhalt eines Stipendiums ist das soziale Engagement, doch dieses ist weiter gefasst, als man zunächst glauben könnte.

Auch wenn – gerade in politisch orientierten Stiftungen – eine Beteiligung an Gremien der Universität sehr gerne gesehen wird, ist es keinesfalls eine Voraussetzung, um in die engere Auswahl zu kommen.

Grundsätzlich scheint es von Vorteil zu sein, möglichst alle sozialen Tätigkeiten, die man außerhalb des Studiums wahrnimmt, in der Bewerbung aufzuführen. Dazu gehören Dinge wie: Musik spielen, sportliche Tätigkeiten und sogar Jobs als zum Beispiel studentische Hilfskraft oder Extrawache.

Eine rege Beteiligung in einen dieser oder ähnlichen Bereichen kann auf ein zeitaufwendiges Interesse hinweisen, welches mitunter etwas schlechtere Noten rechfertigen kann.

Aber welche Vorteile hat ein Stipendium nun eigentlich?

Ein Stipendiat, dessen Eltern so gut verdienen, dass er keinen Anspruch auf BAFöG hat, würde also nur Büchergeld bekommen und natürlich die Möglichkeit beziehungsweise auch die Pflicht, an Seminaren teilzunehmen.

Eine weiterer Vorteil, den ein Stipendium bieten kann, ist, dass man Teil eines so genannten „Netzwerkes" wird und so möglicherweise bessere Angebote für Praktika, Famulaturen und Auslandsaufenthalte bekommt.

Doch es gibt auch Forderungen, die an ein Stipendium gebunden sind, auch wenn diese sich meistens auf das Ausfüllen von Formularen und Auskunft geben über Noten und Zukunftspläne beschränken.

Abweichend von den Stipendien, die sich an Studenten im regulärem Semesterverlauf richten, wurden auch Stipendien vorgestellt, welche finanzielle Unterstützung während der Promotion anbieten. Hierbei ist wichtig zu wissen, dass die meisten Stiftungen, wie zum Beispiel die Konrad-Adenauer-Stiftung, dieses Angebot nur für Doktoranden anbieten, die ihren Abschluss schon gemacht haben und erst im Anschluss daran promovieren, was für alle Studiengänge ausgenommen Medizin zutrifft.

Für die – meist noch während des Studiums – promovierenden Medizin-Studenten stellte sich eine Universität-Lübeck interne Stiftung mit dem Namen „Exzellenzmedizin" vor.

Interessenten, die noch weitere Fragen zu Stipendien allgemein oder an einzelne Stiftungen haben, wird ein weiterer Stipendientag in etwa einem Jahr geboten. Für alle, die bis dahin nicht warten wollen, bleibt die Möglichkeit der eigenen Recherche im Internet.

NACHTLEBEN Fragwürdiges Verhalten an lübschen Diskotheken

Falsche Hautfarbe?

VON MATTHIAS SALZENBERG

„Ey du kommst hier nicht rein!“ – Was sich nach plumper Fernseh-Comedy anhört ist leider auch in Lübeck bittere Realität.

Am 11. Dezember begehrte eine gutgelaunte Gruppe junger Studenten Einlass zur Rock for charity Party der FS Med. Alle waren nüchtern, alle hatten sich bereits im Vorfeld Karten besorgt, nur hatte scheinbar einer der Freunde die „falsche“ Hautfarbe, denn die Partynacht endete unfreiwillig an der Tür am Ende der Rampe.

Als nämlich Medizinstudent Zaid A. nach Aufforderung des Türstehers zuerst seinen Studenten- und schließlich seinen amtlichen Ausweis vorzeigte, wurde explizit ihm der Zutritt zum Club verweigert.

Erst auf mehrfache Nachfrage von Gründen, erklärte der verantwortliche Mensch mit der Nummer 2005-103, es gäbe eine Anordnung „von oben“, keine Araber herein zu lassen. Gleichzeitig wurde eine angebliche Schlägerei zwischen Türstehern und Arabern vor zwei Wochen als weiterer Grund vorgeschoben.

Hinweise darauf, dass dies eine studentische Veranstaltung wäre, Zaid selbst nicht nur Student, sondern darüber hinaus in der Fachschaft aktiv und damit de facto Mitveranstalter ist, halfen nicht. Die Gruppe entschied sich, geschlossen zu gehen.

Ein bedauerlicher Einzellfall, könnte man meinen, wären nicht bei AStA und Fachhschaft bereits mehrere Beschwerden und Berichte ähnlicher Vorfälle eingegangen. Die Umstände gleichen sich: Alle Betroffenen hatten dunklere Hautfarbe, waren nicht betrunken und fielen nicht negativ auf. Besonders eindrucksvoll ist hier der Fall des schon oben genannten Studenten Zaid A., der zwar seit vier Jahren in Lübeck lebt, dem bisher aber noch jedesmal der Eintritt im Parkhaus verwehrt blieb.

Als dem AStA erstmals ein solcher Fall angetragen wurde, glaubte man noch den Vorfall im Gespräch mit dem Betreiber des Clubs klären zu können. Dieser zeigte sich scheinbar schockiert von dem Verhalten der Security und versprach, diese in Zukunft besser zu instruieren, damit sich so etwas nicht wiederhole. Wenn in dieser Richtung etwas passiert war, hatte es dem Anschein nach keinen Effekt auf die Praxis an der Parkhaustür.

Aus den neuerlichen Geschehnissen im Dezember zog der AStA Konsequenzen: Der Betreiber erhielt einen förmlichen Brief, der ihn nochmals schriftlich auf die eklatanten Missstände hinwies. Weitere Schritte behielt man sich ausdrücklich vor.

Jeder Student, der diskriminierende Einlasskontrollen in Lübecks Clubs und Diskotheken am eigenen Leib erfährt oder bei anderen mitbekommt, ist aufgerufen, diese möglichst zeitnah und detailiert an den AStA zu melden (unter pas@asta.uni-luebeck.de oder persönlich während der Öffnungszeiten oder der Sitzungen)!

Wie wenig manche für dieses Thema sensibilisiert sind, zeigt sich derweil, wenn man die obige Geschichte weitererzählt: Ein Mädchen hinter der mit den Türstehern diskutierenden Gruppe fragte eine der Beteiligten geradezu panisch, ob niemand mehr reingelassen werde, weil es zu voll sei. Die Anwort, dass die Türsteher nur keine Ausländer einlassen würden, empörte sie nicht etwa, sondern sorgte für nachhaltige Entspannung, gab es für sie also kein Hindernis an der Party teilzunehmen.



Bildungsstreik Ein anderer Kommentar

Wir müssen uns das leisten!

Die Sitzblockade bei der Demonastration am 17. November 2009. Foto: Lukas Ruge

von Jannes Quer

Bildung ist nicht erst seit Humboldt, der als das Ziel von Bildung nicht das Anhäufen von Wissen, sondern die Ausbildung und die Vervollkommnung der Persönlichkeit verstand, ein stetiger Diskussionspunkt in der Politik dieses Landes gewesen. Wenn also heute über den Bildungsstreik, der nicht nur heutige Schüler und Studenten, sondern vielmehr auch die nachfolgenden Generationen betrifft, diskutiert wird, ist es notwendig, sich mit dem Begriff Bildung auseinander zu setzen, um Hintergründe und Forderungen der Streikenden zu verstehen.

Im Allgemeinen wird der Begriff Bildung durch unsere eigenen Erfahrungen in der Schullaufbahn geprägt: Ein mit der Klassengröße überforderter Lehrer bemüht sich, die durch den Lehrplan diktierten Inhalte den Schülern möglichst rechtzeitig zur nächsten Klassenarbeit einzutrichtern. Was bleibt, ist die Erinnerung an Lernen unter Druck und die kurze Verweildauer des Stoffes. Bildung sollte mehr sein als das. Der Erziehungswissenschaftler Wolfgang Klafki hat dazu schon in den sechziger Jahren entsprechende Vorgaben gemacht. Aus Klafkis Sicht zielt Bildung auf die Vermittlung und den Erwerb von drei grundlegenden Zielen ab: Selbstbestimmung, Mitbestimmungsfähigkeit sowie Solidaritätsfähigkeit. Darüber hinaus werden auch die Fähigkeit zu Empathie, Kritik, Argumentation und vernetztem Denken, zu dem auch das Erkennen von komplexen Strukturen in einem politischen Gefüge zählt, als elementare Bestandteile der Bildung gefordert.

Eben diese Zusammenhänge in unserem politischen System gilt es in der Bildungsdiskussion zu erkennen und öffentlich zu erörtern. Nur so lässt sich eine Veränderung im System erwirken. Dass das deutsche Bildungssystem reformbedürftig ist, ist nicht erst seit der PISA-Studie bekannt. Hauptkritikpunkte sind neben der fehlenden Chancengleichheit, die Zugangsbeschränkung zu Bildungsinstitutionen durch Gebühren sowie die Einflussnahme der Wirtschaft auf Lerninhalte und das Bildungssystem als Gesamtkonstrukt.

Die Bildungsbenachteiligung der Kinder aus so genannten bildungsfernen Schichten beginnt schon im Kindergarten. Aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln der Eltern besuchen nur 64% der Kinder dieser Familien in Deutschland eine oft kostenpflichtige Kita. Die fehlende frühkindliche, institutionelle Bildung setzt sich im Übergang in die Grundschule fort. Kinder aus sozial stärkeren Familien, von denen rund 80% die Kita besucht haben, besitzen schon hier einen Lernvorsprung von durchschnittlich einem Jahr. Aufgrund fehlender individueller schulischer Förderung kann dieser nicht aufgeholt werden. Laut IGLU-Studie erhalten Kinder mit sozial

schwacher Herkunft bei gleicher Kompetenz sehr viel seltener eine gymnasiale Empfehlung. Daraus resultiert, dass sich die Schüler ungleich auf die Schulformen verteilen. Da Kinder aller Schichten mit einem vergleichbaren Potential geboren werden, wird deutlich, dass unser Bildungssystem bereits ab Klasse 5 des Gymnasiums, in der nur knapp 5% der Kinder aus der untersten Schicht aufgenommen werden, versagt. Gelingt einem dieser Kinder ein Abitur mit einer Note zwischen eins und zwei, wird es mit einer 50% Wahrscheinlichkeit dennoch eine Berufsausbildung anfangen. Grund hierfür ist unter anderem der wirtschaftliche Einfluss auf das Bildungssystem. Im internationalen Vergleich gibt Deutschland mit 4,3% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) deutlich weniger als den Durchschnitt (5,1%) der OECD-Staaten (Organisation von 30 Staaten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung) für Bildung aus. Allein die Abhängigkeit der Bildungsausgaben der Länder vom BIP zeigt die wirtschaftliche Abhängigkeit. Dieses Defizit wird teilweise durch private Bildungsausgaben der Wirtschaft aufgefangen. Sie fördern als Relikt der Industriegesellschaft die Ausbildungsberufe. Während sich der Student durch Hoffnung auf späteres Vermögen in ein finanzielles Risiko begibt, bietet die Ausbildung Schulabgängern schnelle finanzielle Unabhängigkeit und Sicherheit. Dass Schulabgänger ohne liquide Eltern den Schritt zum Studium oft nicht wagen, ist daher mehr als verständlich.

Auch wenn uns Studiengebühren in Lübeck nicht direkt betreffen, so werden doch auch hier die wirtschaftlichen Einflüsse mehr als deutlich. Manchmal könnte man den Eindruck gewinnen, dass wirtschaftliche Interessen und nicht unsere Bildung im Vordergrund stehen. Der Uni fehlt Geld und aus Angst vor der Auflösung soll sie nun umstrukturiert werden. Trotz ein paar schöner Nebeneffekte, wie eine Verbesserung der Stellung gegenüber der Uni Kiel, weiß niemand so genau, was für Risiken diese Umstrukturierung mit sich bringt. Auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der neuen Bundesregierung bringt etliche Schwierigkeiten mit sich. So werden dem Bundesland Schleswig-Holstein 70 Millionen Euro durch fehlende Steuereinnahmen verloren gehen. Hinzu kommt noch, dass niemand sagen kann, wie viel Geld die HSH Nordbank im neuen Jahr weiter verschlingen wird. Wenn man all diese Fakten berücksichtigt, kann niemand mit Sicherheit sagen, ob wir nicht vielleicht doch noch Geld in Form von Studiengebühren bezahlen müssen, um unsere Uni zu erhalten.

Doch es geht nicht um die Situation einzelner, nicht um die Ungerechtigkeit, die direkt an jenen verübt wird, die sich des einzig zur Verfügung stehenden legitimen Mittels, des Streiks, bedienen. Es geht um die Solidarität mit all jenen, die trotz ihres Potentials aufgrund der Hindernisse unseres Systems nicht die Bildung „genießen durften“, die wir, die es sich leisten konnten, deren Eltern es sich leisten können, erhalten haben. Das Glück, in der „richtigen“ sozialen Schicht aufgewachsen zu sein und/oder auf Menschen getroffen zu sein, die uns als Persönlichkeit erkannt und gefördert haben, dieses Glück verpflichtet uns, dass wir es uns nun leisten müssen solidarisch zu sein mit all jenen, die dieses Glück nicht haben oder hatten. Genau für diese, vom System benachteiligten Menschen tritt der Bildungsstreik ein. Es geht nicht nur um die heutige, sondern auch um alle nachfolgenden Generationen, die von unserem Bildungssystem profitieren sollen. Egal ob Kinder, Schüler oder Studenten: Wir müssen ihnen die Hand reichen. Auch der Bundespräsident Köhler sagte in diesem Zusammenhang, dass die fehlende Chancengleichheit eine „unentschuldbare Ungerechtigkeit“ sei. Wir sehen es als unsere Pflicht an, diese Ungerechtigkeit nicht zu akzeptieren. So kämpfen wir für die, die heute betroffen sind, für ein besseres Morgen. Auf dass es mehr von uns gäbe. Es bietet sich eine einmalige Chance für einen echten Fortschritt. Wir können es uns als Wissensgesellschaft nicht leisten, in einem Land, in dem immer weniger Kinder geboren werden, in dem die sozialen Herausforderungen immer größer werden, in diesem Umfang zu selektieren und das Potential so vieler Kinder, zukünftiger Säulen unserer Gesellschaft, zu verschenken.

Wir können uns das nicht leisten!



Morningshow-Moderator Eike Kohls weckt seine Zuhörer. Foto: Felix Irmer

RADIO In Paderborn ist das Campusradio L'UniCo endlich über UKW zu empfangen

On Air

Universitäre Radiosender, von Studenten für Studenten, gibt es an manchen großen Universitäten. Jetzt wurde in Paderborn in einem lange währenden Projekt ein eben solcher Sender gestartet, der seit Anfang November auf UKW im Stadtgebiet zu hören ist. Jan Wiedemann, zweiter Vorsitzender des Teams, beschreibt uns, wie es ist, einen Radiosender zu gründen.

VON JAN WIEDEMANN

Ein Campusradio mit eigener UKW-Frequenz und Programm rund um die Uhr: In Nordrhein-Westfalen ist so etwas (anders als zum Beispiel in Schleswig-Holstein) laut Landesmediengesetz erlaubt. Deshalb gibt es dort bereits ein Duzend eigenständiger UKW-Hochschulsender. Vor kurzem ist es eine Radiostation mehr geworden: In Paderborn hat das Campusradio L'UniCo seinen Sendebetrieb aufgenommen.

Mittwoch, 4. November 2009, 13:33 Uhr: Der Präsident der Universität Paderborn drückt gemeinsam mit den beiden Vorsitzenden des Campusradios auf einen symbolischen roten Knopf. In diesem Moment schallen bis dato ungehörte Klänge durch das Mensafoyer der Universität Paderborn, es gibt Applaus. Zu hören sind diese Klänge aber nicht nur in der Uni, sondern im gesamten Stadtgebiet. Nämlich auf der Frequenz 89,4 MHz. Seitdem haben die rund 15.000 Studierenden der Universität ihren eigenen Radiosender. Morgens holt er sie mit der Morning-Show Breakfast@L'UniCos aus dem Bett. Abends gibt's täglich wechselnde Themensendungen zu verschiedenen Musikstilen wie Indie, Metal, Elektro und Hip Hop oder zu Sportereignissen aus Paderborn und dem Rest der Welt. Außerdem bietet L'UniCo eine Plattform für ausländische Studierende, Programmbeiträge in ihrer Landessprache beizusteuern.

Da die Live-Sendungen nur morgens und abends stattfinden, gibt's zwischendurch eine Menge Musik. Die klingt bei L'UniCo ein bisschen anders, als bei normalen Radiosendern. „In Tradition früher Radio-DJs findet unsere Musikauswahl nicht über computerberechnete Erfolgswahrscheinlichkeiten statt, sondern über das Einzige, das verlässliche Orientierung im heutigen Musikchaos gibt: Unser eigener Geschmack", sagt Musikredaktionsleiter Marius Koniarczyk. „Eine bewusste Auswahl mit Seele und Leidenschaft aus allen Bereichen der Musik

ist unsere oberste Maxime.“ Insgesamt sind heute rund 40 Studierende beim Paderborner Campusradio aktiv. Sie arbeiten aber nicht nur als Moderatoren, sondern natürlich auch als Wort- und Musikredakteure, Techniker, Eventplaner, Finanzmanager oder PR-Koordinatoren.

Bis dahin war es allerdings eine langer und nicht immer einfacher Weg. Fast auf den Tag genau sechs Jahre vor dem Sendestart kam an der Universität Paderborn erstmals die Idee auf, ein Campusradio zu gründen. „Die Leute, die damals alles in die Wege geleitet haben, kennen wir aber heute schon gar nicht mehr“, sagt der 2. Vorsitzende Jan Wiedemann. Bevor eine entsprechende Sendelizenz beantragt werden konnte, musste erstmal der Verein „L’UniCo – Campusradio Paderborn e.V.“ und ein gleichnamiger Projektbereich der Universität gegründet werden. Mühsame aber notwendige Formalitäten, die mehrere Jahre in Anspruch genommen haben.

Zwischen all dem wollte die L'UniCo-Crew aber natürlich nicht auf ihre eigentliche Leidenschaft verzichten: Das Radiomachen. Deshalb produzierten die Studierenden zunächst Bürgerfunksendungen auf „Radio Hochstift“, dem lokalen Sender des Landkreises, der abends eine Art offenen Kanal bietet. Seit 2006 wurde das eigene Programm dann per Internetstream verbreitet und nach und nach von einer wöchentlichen Sendestunde auf vier tägliche ausgeweitet.

Der Internetsendebetrieb war schon zum festen Alltag geworden, als Ende 2008 plötzlich ganz unerwartet ein Brief in die Redaktion kam: Die Bundesnetzagentur hatte endlich die lang ersehnte Frequenz gefunden: 89,4 MHz. Nach ausgiebiger Prüfung des Sendekonzeptes gab kurze Zeit später auch die Landesanstalt für Medien grünes Licht für die Programminhalte von L’UniCo.

Theoretisch konnte es also endlich losgehen mit dem eigenen UKW-Radio. Das sorgte natürlich für strahlende Gesichter in Paderborn, aber auch schnell für Ernüchterung. Schließlich fehlten noch einige ganz entscheidende Requisiten: Zum Beispiel die Sendeantenne. Die L'UniCo-Techniker hatten sich nämlich dazu entschieden, die komplette Sendeanlage in Eigenregie zu betreiben und somit direkt vom Dach der Uni zu senden. Ebenso war das Studio nicht auf dem neuesten Stand der Technik: Das bisherige, selbst zusammengebastelte Sendestudio war zwar für den Internetradiobetrieb gerade noch ausreichend, um ein 24-stündiges UKW-Programm zu gewährleisten musste allerdings professionellere Technik her.

„Das alles war dann doch etwas teurer, als ursprünglich kalkuliert“, sagt Jonas Karpa, der 2. Vorsitzende. Alles in allem sollte der Sendestart rund 50.000 Euro kosten. Nach einigen Monaten voller Verhandlungen und Gesprächen mit Unileitung und Fakultäten war es dann soweit. Die Finanzierung war gesichert. Sie setzt sich zusammen aus Studienbeitragsmitteln aus dem Haushalt der Fakultät für Kulturwissenschaften, einer Anschubfinanzierung durch das Uni-Präsidium, Semesterbeiträgen der Studierenden und Party-Einnahmen des Fördervereins L’UniCo – Campusradio e.V..

So konnte in den Sommer-Semesterferien endlich losgebaut werden: Das Studio zog in einen anderen Raum. Gemeinsam mit externen Firmen installierten die L'UniCo-Techniker ein computerbasierendes Sendesystem und ein passendes digitales Mischpult, dass die Radiomacher als Gebrauchtgerät von einem anderen Radiosender bekommen hatten. Die restliche Technik fand in einem mannshohen Schaltschrank Platz. Gemeinsam mit einer Spezialfirma wurde die Antenne auf dem Uni-Dach montiert.

Ende Oktober war schließlich alles fertig. Der Sendestart am 4. November klappte reibungslos. Seitdem bekommt L'UniCo viele positive Resonanzen auf das Programm. Die Paderborner Radiomacher haben aber schon wieder neue Ziele: „Jetzt wollen wir unser Programm nach und nach noch weiter ausbauen. Wir wollen neue Sendeformate etablieren und vor allem noch professioneller werden“, so Jonas Karpa, „Außerdem soll natürlich das Team der Radiomacher noch größer werden.“ L'UniCo ist auf dem besten Wege dahin. Denn seit dem Sendestart häufen sich die Anfragen von radio-interessierten Neulingen.



„Wir sagen Ja zum Klimawandel." Foto: freerangestock.com

KLIMA Umwelt und Klimawandel

Weltklimadiskussion

VON INGA STOLZ

Extra-3 vom 13. Dezember 2009: Moderator Tobias Schlegel macht es sich mit den Slogans „Freunde des Klimawandels" und „Wir sagen Ja zum Klimawandel" auf dem Marktplatz von Lübeck bequem und interviewt Weihnachtsmarktbummler über ihre Meinungen zum Klimawandel.

Die Antworten: „Gegen 5 °C mehr habe ich nichts, ist doch nicht schlecht, dann kann man abends noch spazieren gehen, es ist gut für die Gesundheit und das Wasser würde wärmer." Auch wird für Schlegels Aufrufe „Schwimmflügel für Kinder auf den Malediven" und „Strandkörbe für Afrikaner in Gebieten der Wüstenbildung" fleißig gespendet.

Ich fand diese Antworten erst einmal lustig, doch beim Recherchieren wurde mir immer bewusster, dass es Einige gibt, die tatsächlich und ernsthaft so denken, die sich für dieses Thema nicht interessieren. Und dass es Öl- und Kohlekonzerne gibt, die offensichtlich aus ihrer eigenen Interessenlage heraus den Klimawandel herunterspielen oder sogar ganz in Frage stellen.

Dass im System des Weltwetters etwas faul ist, können aber selbst die hartnäckigsten „Klimaleugner" nicht mehr schönreden, zu offensichtlich sind die Häufungen und Ausmaße von Wetterkatastrophen in den letzten Jahren geworden.

Aber die Interpretationen des „Warum?" ebenso wie das Spektrum des „Was können wir dagegen tun?" sind weit gefasst. Es gibt viele Meinungen darüber, wie direkt wir eigentlich betroffen sind und wie akut die momentane Entwicklung des Weltklimas überhaupt ist.

Wir an unserer naturwissenschaftlich geprägten Universität haben zwar Informationsvorteile, wissen um dem Treibhauseffekt durch Freisetzung von Methan und Kohlendioxid, lernen, wie zum Beispiel der Temperaturhaushalt von Tieren durch das Wetter beeinflusst wird und haben dazu noch eine Naturgewalt, die Ostsee, direkt vor der Haustür. Doch wissen wir tatsächlich auch besser Bescheid, interessiert es uns mehr als andere? Es geht um unsere Zukunft und wir haben eigentlich das Wissen um die Zusammenhänge, doch im Prinzip tun wir nichts, überlassen das Feld anderen. Die Atomlobby feiert ihre Kohlenstoffdioxid-freien Kernkraft-

werke, wohl verschweigend, welchen jahrhundertelang strahlenden Müll sie produziert, für den es keine geeigneten Lagerplätze gibt. Auch der Abbau des Urans ist alles andere als umweltfreundlich und die Ressourcen sind begrenzt. Andere setzen auf die Verwirrtaktik und behaupten, die Natur selbst und nicht der Mensch bewirke die Klimaveränderung. Wieder andere sagen, die Temperatur auf der Welt falle seit 2002, die Eiskappen an den Polen schmelzen, nein, sie schmelzen nicht, in naher Zukunft werden wir alle in Naturkatastrophen untergehen, bald ist eine neue Eiszeit zu erwarten.

Bei diesem Informationschaos und mehr oder weniger gezielten Fehlinformationen war es meiner Meinung nach irrsinnig, zu erwarten, dass eine internationale Klimakonferenz, wie die in Kopenhagen, Erfolg haben könnte. Jeder findet die Argumente, Forschungsergebnisse und Experten für die Meinung und Zielsetzung, die für das eigene Land gewinnbringend erscheint.

Die größten Klimaskeptiker sind wohl im Heartland Institute in Chicago zu finden. Sie leugnen den Treibhauseffekt und kritisieren stattdessen die „Panikmache“ und beschworene Klimakrise. Sie sagen, die Hysterie führe zu einer schlechten Wissenschaft, die Modelle entwickle, die nicht der Realität entsprächen; das Wetter sei stabil und die Klimaschwankungen im Vergleich mit der Weltklimageschichte natürlich und nicht auffällig.

Dem Institut gegenüber steht das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). Hier arbeiten Wissenschaftler an so genannten Sachstandsberichten über den neuesten Wissensstand zum Thema Klimaänderung und dem Umgang damit. Diese Berichte werden wiederum von Experten aus der ganzen Welt bewertet und kontrolliert. In dem letzten Bericht dieses Instituts wird festgestellt: „Der größte Teil des Anstiegs der mittleren globalen Temperatur seit Mitte des 20. Jahrhunderts geht sehr wahrscheinlich (das bedeutet, die Eintrittswahrscheinlichkeit für diese Aussage liegt oberhalb von 90 Prozent) auf die Zunahme der vom Menschen verursachten Treibhausgase in der Atmosphäre zurück.“ (IPCC 2007, S.10).

Und dann gibt es noch die, die den Klimawandel anerkennen und begrüßen.

Ein Beispiel dafür ist Russland. Hier werden die Stimmen, vor allem auch in der Regierung, lauter, die die Erwärmung dazu nutzen wollen, in Zukunft große Teile Russlands in ein landwirtschaftlich nutzbares Land zu verwandeln. Russland müsse nicht in Panik verfallen, weil die globale Erwärmung für sie keine solche Katastrophe sei wie für andere Länder. Gegenstimmen aus Regionen wie etwa in Sibirien, wo der Permafrostboden taut, oder dem Kaukasus, wo mit langen Hitzeperioden gerechnet werden muss, werden bei dieser Argumentation aber ausgeblendet. Russland hofft in diesem Zusammenhang auf ein Milliardengeschäft im Emissionshandel, um mit dem hier einzunehmenden Geld die Infrastruktur ausbauen zu können.

Ihr seht, es wird sehr viel geredet, verfasst, nieder geschrieben. Ich könnte euch mit seitenlangen Aufzählungen weiterer unterschiedlicher Meinungen und Ansichten langweilen. Aber gerade das wäre das schlechteste, denn wird ein Thema breitgetreten, hat kaum noch jemand Interesse, sich damit zu beschäftigen, selbst wenn es dabei um etwas so wichtiges, wie unsere Erde geht.

Man sollte, man muss aufschreien, wenn im Mittelpunkt unserer Gedanken nur die Wirtschaft steht und nicht auf die Ökologie geachtet wird. Wenn nur der eigene Horizont wahrgenommen wird, ganz nach dem Motto: Was interessiert es mich, wenn künftig in Afrika Kriege um Wasser und Nahrung geführt werden. Wenn irgendwelche Inseln mit Namen, die man sowieso nicht aussprechen kann, untergehen. Und die Tiere sollen sich nicht so anstellen, das ist ja natürliche Auslese; die Eisbären sind ja auch dumm, wenn sie es sich auf Eisschollen bequem machen, die abtreiben, da haben sie es auch nicht besser verdient als zu ertrinken.

In Wirklichkeit spielen wir mit dem Feuer, das Klima-System ist sehr komplex, sehr sensibel. Schnellkorrekturen gibt es nicht. Es ist kein Spiel, was einfach neu begonnen werden kann, wenn wir, auch die Weihnachtsmarktbummler und wir kleine Studierendenschaft aus Lübeck, versagen.

Klima Umwelt und Klimawandel an der Uni

Warten auf die Klimakatastrophe

von Andrea Kauertz

Klimaschutz, oder zumindest darüber zu schreiben, ist nicht erst seit dem Klimagipfel in Kopenhagen in Mode gekommen: Reduktion des CO_2-Ausstoßes, Strom aus erneuerbaren Energien, optimale Dämmung und Wärmeisolierung sind in aller Munde und jeder einzelne Bürger ist aufgerufen, seinen Beitrag zu leisten.

Was leistet in diesem Zusammenhang unsere Universität? Wie sieht es aus mit Ökostrom und Häusern gebaut in Passivbauweise?

Zwischen der Uni und dem UK-SH besteht eine Art Belieferungsvertrag, das bedeutet, dass die Gebäude, die zur Uni gehören, vom UK-SH mit Strom und Heizungsenergie versorgt werden. Das UK-SH erhält seinen Strom laut Oliver Grieve, Pressesprecher des UK-SH, aus Kraftwärmekopplung. Dabei treibt ein Motor einen Generator zur Stromerzeugung an, die dabei frei werdende Wärme kann zur Erwärmung von Wasser, zum Beispiel zum Heizen genutzt werden. Allerdings wird die Heizungsenergie vom UK-SH aus Gas und Öl selbst hergestellt. Dazu werden die Brennstoffe in großen Kesseln verbrannt und die frei werdende Wärme als Fernwärme an die einzelnen Gebäude weiter geleitet.

Im Jahr 2009 gab die Uni circa 1,8 Millionen Euro für Energie aus, 785.000 Euro entfielen davon auf Strom, für Wärme waren 653.000 Euro fällig. Das hört sich viel an und es stellt sich die Frage, ob hier nicht Energie verschwendet wird. Dazu kann man sich die Energieausweise, die öffentlich in jedem Gebäude aushängen, ansehen.

Diese enthalten Informationen zum Verbrauch von Heizungsenergie und Strom der letzten drei Jahre, vergleichen die Verbräuche mit einem für diesen Gebäudetyp errechneten Standard und stellen dann sehr anschaulich dar, ob das betreffende Gebäude nun überdurchschnittlich viel oder wenig verbraucht. Die Vergleichswerte werden vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie veröffentlicht.

Ebenfalls mit in die Berechnung einbezogen wird der so genannte Klimafaktor, der je nach Strenge des Winters zum Beispiel unterschiedlich ausfällt.

Für die Gebäude des Vorklinikums (also Haus 61, 62 und 63) errechnet sich so ein durchschnittlicher Heizenergieverbrauchskennwert (bezogen auf die Jahre 2006, 2007 und 2008) von 253 kWh/(m^2·Jahr), was ziemlich genau dem Vergleichswert entspricht. Der Stromverbrauchskennwert liegt mit 131 kWh/(m^2·Jahr) leicht über dem Vergleichswert, deutlich mehr Strom als in vergleichbaren Gebäuden wird aber in Haus 64, der Informatik, verbraucht. Hier be-

trägt die Differenz zwischen Verbrauchs- und Vergleichswert etwas mehr als 30 kWh/(m²·Jahr) und wird optisch schon mit der Signalfarbe rot belegt. Ein Nicht-Informatiker kann also nur spekulieren, welche Mengen an Technik sich in diesem Gebäude befinden. Zum Ausgleich gibt's für den Heizenergieverbrauch aber „grünes Licht", dieser liegt nämlich stolze 90 kWh/(m²·Jahr) unter dem Vergleichswert. Grund hierfür kann das deutlich jüngere Baujahr sein. Zum Vergleich: Gebäude 61, 62 und 63 sind 1979 entstanden, Haus 64 erst 2002. Für das Vorklinikum ist beim Energieverbrauch über die 3 Jahre des Bezugsraums eher ein leichter Anstieg zu beobachten, beim Informatik-Gebäude sind die Werte konstant geblieben.

Was kann also getan werden, um den Energieverbrauch zu senken?

Laut Thomas Niesse, zuständig für die Gebäudebewirtschaftung an der Uni, wird bei der Anschaffung neuer Geräte schon auf niedrigen Energieverbrauch geachtet. Die effektivsten Energiesparmaßnahmen sind aber auch die teuersten: Diese würden in der Renovierung von Gebäuden und Heizungen liegen. Eine solche tiefgreifende Veränderung ist aber im Moment nicht vorgesehen, wie bei der Renovierung der Bibliothek offenbar wird. Diese, immerhin schon 1975 gebaut, erstrahlt zwar in neuen Farben, an der Substanz wurde aber nichts verändert. Allerdings sind die Energieverbräuche hier recht konstant über die Jahre und weichen nur wenige kWh/(m²·Jahr) von den Vergleichswerten ab.

Bis das nötige Geld für solche großen Investitionen vorhanden ist, müssen wohl erstmal allgemeinere Maßnahmen ausgeschöpft werden.

Thomas Niesse hat in diesem Zusammenhang auf folgendes hingewiesen: Wenn nur ein Prozent der Energiekosten eingespart werden, könnten beispielsweise V1 und V2 ganz leicht mit neuer Medientechnik, also neuen Beamern ausgestattet werden. Beim reinen Energiesparen kann also jeder mithelfen, indem er etwa darauf achtet, dass Fenster nicht länger offen sind als sie müssen und Glühbirnen nicht brennen, wenn gar keiner da ist.

Eigentlich sollte das aber nicht genug sein. Es sollte uns nicht nur um das reine Energiesparen um des Geldes willen gehen, sondern auch, und das ist langfristig gesehen noch wichtiger, um verstärktes Nachdenken über unseren Energiekonsum und sinnvolle Verbesserungen.

An einigen anderen Universitäten in Deutschland haben sich bereits verschiedene Gruppen gebildet, die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen und dabei über solche Begriffe wie „Nachhaltigkeit" nachdenken müssen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet, nach der Definition aus dem Brundtland-Bericht von 1987, dass die Bedürfnisse der Gegenwart nicht auf Kosten der Bedürfnisse zukünftiger Generationen befriedigt werden.

Eine solche Gruppe nennt sich „Grüne Uni", kommt aus Berlin und schmückt ihre Internetpräsenz mit dem Slogan „Erneuerbare Energien, Nachwachsende Rohstoffe & Nachhaltigkeit an die Hochschulen – jetzt!" Gegründet wurde die Gruppe 2008 und versucht nun, ihre Kommilitonen zu informieren und konkrete Verbesserungen durchzusetzen, wie etwa die Integration von Umweltschutzinhalten in die Lehrpläne oder die Einführung von Ökostrom.

Auch im Süden der Republik, genauer gesagt in Tübingen, sind Studenten der Meinung, dass ihre Hochschule nicht genug für den Klima- und Umweltschutz tut und haben deswegen die Gruppe „greening the university" ins Leben gerufen. Durch ihre Arbeit haben sie erreicht, dass die Universitätsleitung beschloss, das Umwelmanagementsystem EMAS (Eco Managment and Audit Scheme) an der Universität einzuführen. Nach EMAS validierte Organisationen müssen bestimmte Umweltregeln einhalten, sich aber auch Ziele für Verbesserungen setzen und darauf hinarbeiten.

Im Profil unserer Uni ist zu lesen: „Die Universität zu Lübeck und die mit ihr verbundenen Mitglieder und Institutionen handeln [...] verantwortungsbewusst, wirtschaftlich und kompetent und setzen die ihnen anvertrauten Ressourcen sorgfältig und umweltschonend ein."

Allerdings im letzten Satz. Und von Nachhaltigkeit ist hier auch noch keine Rede.

Es bleibt also noch viel Raum für Verbesserungen!

Essen Alles was es über Döner zu wissen gibt und ein Test Lübecker Dönerläden

Mhhh, Döner....

von Richard Mietz

Döner ist für viele Studenten ein willkommener Snack zwischendurch. Vor allem als Abwechslung zu täglichem Toastbrot, Tiefkühlpizza und kulinarischem Mensaschmaus. Dabei wird den meisten egal sein, dass Döner Kebap übersetzt soviel wie „sich drehendes Grillfleisch“ bedeutet. Für viele ist der Geschmack das wichtigste, manchmal auch der Preis oder natürlich die Balance aus beidem.

Aber ein paar Fakten zu kennen kann ja nie schaden. So ist unter der „Berliner Verkehrsauffassung“ 1989 festgelegt worden, dass ein Döner Kebap zu maximal 60 % aus Hackfleisch bestehen darf und der Rest aus reinem Scheibenfleisch von Rind, Kalb oder Lamm stammen muss. Der Fettgehalt ist dabei auf 20 % begrenzt. Es soll aber sogar vorgekommen sein, dass die Dönervekäufer ihre eigenen Landsleute betrügen und teilweise Schweinefleisch verwendet haben, was strikt gegen den Glauben der Moslems ist. Andererseits sind viele Dönerladenbesitzer gar keine Türken bzw. Moslems. Weiterhin dürfen dem Spieß nur Gewürze, Zwiebeln, Öl, Milch und Joghurt beigefügt sein. Alles andere ist untersagt. Produkte, die sich nicht an diese Regeln halten, dürfen nicht Döner Kebap heißen, sondern müssen mit „nach Döner Kebap Art“ benannt sein. Man kennt das aus der Mensa: „nach Hausfrauen Art“, „nach Wiener Art“, „nach leckerer Art“. Dass das vielen Betreibern von Dönerläden egal ist, kann man sich denken. Manche wissen es vielleicht auch einfach nicht. Solche Auszeichnungen findet man sehr selten, obwohl man reine Hackfleischspieße des Öfteren antrifft.

Nicht erwähnt blieb bisher, dass es mittlerweile als „gesunde Variante“ noch den Hähnchen-Döner gibt. Mit ca. 600–700 Kalorien, etwas mehr als eine durchschnittliche Mahlzeit, ist Döner unter den Fast Foods eine der gesünderen Varianten. Durch Salat, Kohlenhydrate (Brot), Eiweiß und Fette (Fleisch und Sauce) ist er ein ausgewogenes Lebensmittel. Zudem ist es auch eines der beliebtesten Snacks für Zwischendurch. So erwirtschaftete die Dönerindustrie im Jahre 2008 ungefähr den gleichen Umsatz wie McDonalds.

Aber nochmal zur Zusammenstellung. Schon beim Fleisch scheiden sich Geister und Geschmäcker. Ebenso ist es bei den restlichen Zutaten. Beim Brot gibt es zwei große Kategorien: Knusprig dünn oder leicht und fluffig. Selbst gebacken ist es heutzutage leider nur noch selten, sondern meist Massenware oder sogar zerteilte Fladenbrote. Die Auswahl an Salaten beschränkt sich meist auf Rot- und Weißkraut sowie Bauernsalat. Und welche Sauce soll es sein? Mit scharf oder ohne? Cocktail, vielleicht sogar Curry? Hab ich morgen was wichtiges vor oder kann ich mir Zwiebeln und Tzaziki gönnen? Tzaziki? Das wird man wohl kaum kriegen im Dönerladen. Zwar bestellt man es und die Dönermänner benennen es sogar selber so, aber Tzaziki ist griechisch. Geht man davon aus, dass der Laden wirklich nicht von nem Türken/Türkischstämmigen geführt wird, so kann es tatsächlich auch mal wirklich Tzaziki sein. Aber die Türken haben ihre eigene Variante namens Cacık. Macht aber trotzdem Mundgeruch. Obwohl das manchmal auch schon das Fleisch alleine schafft, falls Knoblauch dabei ist. Was in einen Döner gehört, ist also Glaubensfrage und persönlicher Geschmack zugleich. Es soll auch Leute geben die schwören auf Ananas und Röstzwiebeln als Füllung. In Bremen habe ich mal einen Laden entdeckt, der verschiedenste Variationen wie Hot-Dog-Style, Hawaii-Döner oder auch eine mexikanisch angehauchte Version mit Kidney-Bohnen anbot.

Mein Vergleichstest ist daher sehr subjektiv und gilt sicher nicht für jeden als Richtlinie. Den Preis, Sauberkeit und das Ambiente kann man in dem Test aber ebenso erahnen wie die Frische der Produkte. Zudem sind die Zustände, Preise und Ladenbesitzer von Dönerläden rasanten Veränderungen unterlegen, so dass die Ergeb-

nisse vielleicht schon wieder veraltet sind. Immerhin wurden die Läden über mehrere Wochen hinweg besucht, denn mit Döner ist es wie mit allem anderen: Wenn man es zu oft isst, wird es öde.

Ergebnisse			
Dönerladen	Berlin Döner	Sultan Palast	Ay Grill Imbiss
Adresse	Mühlenstrasse 53	Mühlenstraße 64	Mönkhofer Weg 44
Preis	3 Euro	3,30 Euro	3,30 Euro
Bonussystem	Ja	Ja	Ja
Saucen	Cocktail, Cacık, Pul Biber	Cocktail, Cacık, Scharf	Cocktail, Cacık, Pul Biber, Scharf
Saucenbewertung	4	4	5
Fleischbewertung	3	4	4
Brotbewertung	4	3	4
Salatbewertung	5	4	4
Ambiente	sauber und modern, türkisches Fernsehen, Sitzplätze innen und aussen	türkisches Fernsehen, Sitzplätze innen und aussen	Sitzplätze innen, sauber
Bemerkung	frischer Salat	Fleisch wurde aus Box genommen in die Fleisch vom Spiess nachgefüllt wurde	
Dönerladen	A La Turca	Mr. Kebap King	Aladin
Adresse	Beckergrube	Fackenburger Allee	Mühlenstrasse
Preis	3,50 Euro	3,50 Euro	3 Euro
Bonussystem	Nein	Nein	Nein
Saucen	waren versteckt	Cocktail, Cacık, Pul Biber, Scharf	Cocktail, Cacık, Pul Biber, Scharf
Saucenbewertung	1	4	3
Fleischbewertung	2	4	2
Brotbewertung	2	3	1
Salatbewertung	2	3	2
Ambiente	Sitzplätte innen und aussen	Sitzplätze innen	sauber, Sitzplätze innen und aussen
Bemerkung	Es gab nur „Jumbo Döner“, aber der war genauso groß wie ein normaler		Döner mit Fleisch in der Mikrowelle und einem Ofen erwärmt, Salat war trocken, Brot aussen u knusprig und sonst pappig



Auf die Plätze, fertig, Theater! Foto: freerangestock.com

THEATER Das Studierendentheater führte Michael Endes „Die Spielverderber“ auf

Das Erbe der Narren

VON VERA RUGE

Die meisten, die den Namen Michael Ende hören, werden sich an Kinderbücher wie „Die unendliche Geschichte“, „Momo“ und „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer“ erinnern. Nicht so bekannt sind hingegen seine zahlreichen Bücher für Erwachsene oder auch die Theaterstücke, die er geschrieben hat. Eines dieser Theaterstücke mit dem Titel „Die Spielverderber oder Das Erbe des Narren“ hatte seine Uraufführung im Jahre 1967 und wurde am 4., 5., 8., und 10. Dezember 2009 von dem Studierendentheater Lübeck im Kesselhaus aufgeführt.

Dieses Stück handelt von dem Erbe eines gewissen Johannes Philadelphia, welches zehn verschiedene Personen antreten, die jedoch alle den Verstorbenen nicht kannten. In Johannes Philadelphias früherem Haus wird das Testament verlesen und jedem der zehn Erben wird ein Zettel übergeben. Das Testament wird jedoch erst verständlich und tritt auch erst in Kraft, wenn alle zehn Personen ihre Zettel zusammenlegen. Es kommt wie es kommen muss: Misstrauen breitet sich unter den zehn Personen aus und im Laufe der wilden Diskussionen und Intrigen, die zwischen den unterschiedlicher kaum möglichen Charakteren ausbrechen, erlangt auch das Haus des Johannes Philadelphia eine agierende Rolle des Stückes, indem es auf die Handlungen in seinem Inneren reagiert, zum Beispiel mit dem Verschwinden von Türen und dem Steigern der Temperatur.

Die Aufführung des Studierendentheaters hatte ein simples aber sehr gut passendes Bühnenbild und die Akustik wurde vollständig von Mitgliedern des Studientheaters durchgeführt. Es handelte sich dabei nicht um Musik, sondern um Geräusche, die von den Mitgliedern verbalisiert wurden. Alle Schauspieler traten in der zweieinhalbstündigen Vorführung mit einer soliden bis guten Leistung auf. Anne Lücke, welche Alexandra von Xanadu spielte, überzeugte aber mit einer herausragenden Darbietung, die in dem Stück unübertroffen blieb.

Reaktion Es tagt die Kultusministerkonferenz

Antwort auf den Bildungsstreik

Von Teresa Pliet

Im Jahre 2007 wurde im Zuge des „Bologna-Prozesses“ beschlossen, fast alle Studiengänge in Deutschland auf das Bachelor- und Mastersystem umzustellen. Massive Studentenproteste folgten. Versprechungen seien nicht gehalten worden, weder Studienqualität noch Mobilität innerhalb der Hochschulen hätten sich verbessert, nicht einmal die Abschlüsse wären national vergleichbar.

Als Reaktion darauf tagte die Kultusministerkonferenz am 10. Dezember 2009 in Bonn. Zur Kultusministerkonferenz treffen sich die Minister der Länder für Bildung, Forschung, Erziehung und kulturelle Angelegenheiten. Obwohl Bildungspolitik Sache der Länder ist, werden hier gemeinschaftliche Beschlüsse getroffen, die gültig für Gesamtdeutschland sind. An besagtem 10. Dezember hielt man am Gesamtkonzept des Bolognavertrages fest, einigte sich jedoch auf diverse Änderungen. Hier ein Auszug der Wichtigsten:

— Die Regelstudienzeit für den Bachelor beträgt maximal acht, für den Master maximal vier Semester, in Ausnahmefällen auch länger. Praktika und der Austausch oder Wechsel an andere Hochschulen müssen ohne Zeitverlust für die Studierenden im Studiengang gewährleistet werden.
— Pro Modul darf nur eine Prüfung abgeleistet werden. Leistungspunkte müssen nicht zwingend durch eine Prüfung erworben werden, ein „erfolgreicher Abschluss“ reicht ebenfalls. Module sollen mindestens 6 ECTS (Leistungspunkte) umfassen.
— Die berechnete Arbeitsbelastung eines einzelnen Studierenden beträgt nicht mehr 40, sondern maximal 30 Stunden pro Woche, bezogen auf Präsenz- und Selbststudium. Die Hochschulen haben die Studiengänge entsprechend auszurichten.
— Der Bachelor ist ein eigenständiger Abschluss, der „berufseinmündend“ sein kann. Der Master ist nicht zwangsläufig angeschlossen.
— Bachelorstudiengänge dienen der Grundlagenvermittlung sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen. Spezielle Orientierung erfolgt erst im Masterstudiengang.

Für viele Kritiker des Bologna-Prozesses sind diese Änderungen ein Erfolg.

Für die Demokratie ist es eine Sternstunde, denn die Studentenproteste haben vielen Menschen gezeigt, was seit 1968 langsam verloren gegangen schien: Politik mitzugestalten liegt wieder in der Hand der Bürger.

Die genauen Beschlüsse könnt ihr auf der Seite der Kultusministerkonferenz (www.kmk.org) nachlesen.



Flughafen Foto: freerangestock.com

FLUGHAFEN Über das Für und Wider einer Schließung in Blankensee

Die Causa Flughafen

VON MAIK PETZLAFF

Schon vor über 100 Jahren schienen in der Stadt Thomas Manns Vorstellungen absolut und unvereinbar zu sein. Dies verarbeitete der Literaturnobelpreisträger in seiner autobiographischen Novelle „Tonio Kröger“. Für diesen waren seine bürgerliche Herkunft, basierend auf festgeschriebenen Regeln, und sein inneres Verlangen nach künstlerischer Darstellung im Sinne einer autarken Selbstverwirklichung nicht zu korrelieren. „Ich stehe zwischen zwei Welten“, wie Mann schrieb.

In der Causa Flughafen Lübeck sieht es heute nicht großartig anders aus. Es haben sich zwei große Lager gebildet – parteipolitisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich. Es geht um die Frage, ob der Flughafen in Blankensee, am südlichen Rande der Hansestadt, im kommenden Jahr „abgewickelt“, oder mit finanziellem Rückhalt der Stadt ausgebaut und der Betrieb aufrecht erhalten werden soll.

Zur Zeit befindet sich der Verkehrsflughafen im Besitz der Flughafen Lübeck GmbH, einem Tochterunternehmen der Hansestadt Lübeck. Von Dezember 2005 bis Oktober 2009 war ein 90%-iger Anteil an die neuseeländische Beteiligungsgesellschaft Infratil verkauft worden, allerdings war im Kaufvertrag eine Rücktrittsklausel ausgehandelt worden und die Stadt musste 23 Millionen Euro für geleistete Investitionen und neue Schulden an Infratil rückerstatten, nachdem Infratil diese in Anspruch nahm.

Bisher war die Suche nach einem neuen Investor erfolglos, obwohl zuletzt steigende Passagierzahlen vermeldet wurden – diese lagen im September um fast 50% höher, als im Vorjahresmonat – wie die Initiatoren des Bürgerbegehrens zur „Rettung des Flughafens“ feststellten. Derzeit sind nur die beiden so genannten Low-

Cost-Carrier Ryanair und Wizz Air am Flughafen in Blankensee aktiv, die unter anderem den Großraum London, Dublin, Mallorca und Danzig anfliegen. Wizz Air hat zudem zwei neue Verbindungen nach Kiew und Kattowitz im nächsten Jahr angekündigt. Allerdings hat es die Betreibergesellschaft bisher nicht geschafft, einen positiven Jahresabschluss vorzulegen und einen Gewinn auszuzeichnen. Im Geschäftsjahr 2007/2008 machte sie einen Verlust von über 6 Millionen Euro, den der städtische Haushalt ausgleichen musste.

Schon im Jahr 2007 ermittelte die Europäische Union gegen zahlreiche deutsche Flughäfen, da vermutet wurde, dass der irischen Fluggesellschaft Ryanair unerlaubte Rabatte gewährt wurden und die Erträge der Flughafenbetreiber – unter anderem der in Lübeck – zu gering seien. Im Jahr 2009 ist der Flughafen Lübeck von Ryanair abhängig. Wizz Air bedient bisher nur ein Ziel, dieses zudem auch nicht täglich.

Wie soll es nun weitergehen mit dem Betrieb des Flughafens? Die einen – unter ihnen große Teile der Lübecker Industrie, vertreten durch die Industrie- und Handelskammer, CDU, FDP und Bürger für Lübeck sowie Mitarbeiter des Flughafens – plädieren aus ökonomischen und sozialen Aspekten heraus für einen Ausbau der Lande- beziehungsweise Startbahn, sowie für Kapazitätsanpassungen.

Die anderen – Umweltschützer, SPD, Grüne, Linke und politische Vertreter der kleineren Randgemeinden, vor allem Groß Grönau, aber auch Bewegungen zur Bekämpfung des Fluglärms – argumentieren ebenso in ökonomischer und sozialer Hinsicht, nur entgegengesetzt.

Interessant an der aktuellen Debatte ist aber, wie wirtschaftsnahe Verbände und Parteien einen größeren Einfluss der Stadt fordern, um „den Flughafen in die Rentabilität“ zu überführen, wie es Dr. Raimund Mildner (Bündnis für Lübeck) nennt. Parteien und Verbände, die der sozialen Sache nahe stehen, hingegen vertreten marktwirtschaftliche Positionen. So „fahre der Flughafen seit vielen Jahre hohe Verluste ein, die aus dem laufenden Haushalt heraus bezahlt werden müssen“, wie es die Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm (SPD) formulierte. Die Wirtschaft unterstreicht die Wichtigkeit für die heimischen Betriebe und fordert eine Unterstützung der Stadt; die linken Parteien wiederum fordern eine autarke Bewirtschaftung des Flughafens, um Steuergelder unter anderem für soziale Projekte ausgeben zu können.

Zur Zeit sammeln die Befürworter Unterschriften für die Initiierung eines Bürgerbegehrens, wie es das Land Schleswig-Holstein vorsieht.

Nach § 16g der schleswig-holsteinischen Gemeindeordnung muss nun, in einem unbegrenzten Zeitraum, jeder zehnte Lübecker Wahlberechtigte (ab 16 Jahren) die Initiative mit einer Unterschrift unterstützen, bevor diese überhaupt allen Wahlberechtigten Lübeckerinnen und Lübeckern zur Abstimmung vorgelegt werden kann.

Hervorgegangen ist diese Initiative aus einem großen Kreis von Mitarbeitern des Flughafens Lübeck. Mit der Schaltung der Internetseite flughafen-ist-zukunft.de und eines täglichen Informationsstandes in der Innenstadt suchen die Mitarbeiter und ihre Anhänger gezielt den Weg in die Öffentlichkeit.

Wie emotional in weiten Teilen der Bevölkerung diese Thematik beleuchtet und diskutiert wird, zeigt sich nicht nur durch die große Diskussionsfreude in Online- beziehungsweise Printmedien oder in Vereinen und Parteien. Leider setzen Unterstützer beider Seiten auch wörtlich zu verstehende schlagende Argumente ein, es kommt zu Beschimpfungen und Anfeindungen.

Dies ist nicht allein damit zu erklären, dass einerseits Menschen um ihre Arbeit bangen, sich andererseits eine über lange Zeit aufgestaute Wut über negative Umwelteinflüsse des Flughafens oder Lärmbelästigungen entladen. Es zeigen sich tief sitzende Ängste eines Sich-Ausgeliefert-Sein- und Übergangen-Sein-Fühlens.

Die geforderte Mindestanzahl von Unterstützern dieser Initiative wird sich fristgerecht finden und dementsprechend werden die Lübecker im Jahr 2010 zur weiteren Entwicklung des Flughafens abstimmen. Dies ist in dieser aufgeheizten Situation wahrscheinlich die beste Lösung.

Informationsfreiheit Wirksamkeit von Inhaltskontrolle im digitalen Zeitalter

Zensur und Internet

von Ronny Bergmann

Vor Aufkommen des Buchdruckes war eine Zensur von verbreiteten Schriften relativ einfach. Doch selbst mit dem Fortschritt des Buchdruckes war sie möglich, sobald Druckereien beziehungsweise Verleger einer – eventuell staatlichen, aber vielleicht auch wirtschaftlichen – Kontrolle unterlagen. Dann war es trotzdem möglich, in kleinen Privatdruckereien Flugblätter oder ähnliches zu verlegen, man erreichte jedoch keine große Menge an Personen.

Im heutigen Informationszeitalter hat sich dieser Zustand geändert: Jeder kann mit einem Computer Informationen, Berichte und Meinungen im Internet verbreiten und damit alle anderen Teilnehmer des Internets erreichen. Eine Zensur der Inhalte ist in einigen Staaten weiterhin aktuell und wird praktiziert, etwa in China, Kuba, dem Iran oder Libyen, technisch gibt es dabei verschiedene Wege.

Im deutschen Grundgesetz sichert uns der Artikel 5 Freiheit zur Meinungsäußerung, Pressefreiheit zu und dass keine Zensur stattfindet, so die Publikation nicht gegen geltendes Recht verstößt, etwa den Jugendschutz oder Persönlichkeitsrechte. Im Sommer 2009 plante die Bundesregierung ein Gesetz, das in seiner Umsetzung eine Infrastruktur schaffen würde, die neben den eigentlichen guten Absichten gleichzeitig eine Zensur befürchten lässt. Bisher hat der Bundespräsident Horst Köhler seine Unterschrift verweigert und auch im neuen Koalitionsvertrag wird von einer Aussetzung des Gesetzes gesprochen.

Ziel des Gesetzes ist es, durch sogenannte DNS-Sperren den Zugriff auf alle Webseiten zu verhindern, die in einer vom BKA gepflegten Liste aufgeführt sind. Diese soll ausschließlich Webseiten mit Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern umfassen. Jedoch birgt dieses Konzept zwei große Probleme:

Das eine ist die Festlegung des Inhaltes der Liste an gesperrten Seiten, das andere die technische Umsetzung. Um eine Seite in die Liste aufzunehmen und gleichzeitig zu verhindern, dass eine Zensur vorgenommen wird, muss ein Gericht feststellen, dass der Inhalt gegen geltendes Recht verstößt. Dann ist es aber wirkungsvoller, die Seite aus dem Internet zu entfernen, also von dem Server zu löschen. Diese juristischen und dazu gehörigen sozialen Aspekte der Zensur gelten für jede technische Umsetzung, egal auf welcher Ebene diese angesetzt sind. Außerdem ist es dabei notwendig, dass derjenige, der Seiten sperren möchte, den oder die Internetanbieter (Provider) unter Kontrolle hat. Die erste direkte Verbindung aller Internetkommunikationen verläuft nämlich über den eigenen Provider, der als Fortentwicklung der Post jedoch meist staatlich ist, wie in Deutschland zu Beginn auch.

DNS-Filter

Allgemein wird in der technischen Umsetzung meist von Filtern oder Sperren gesprochen. Jedes Mal, wenn im Internet eine Webseite aufgerufen wird, muss zu der namentlichen Adresse der Webseite (etwa beim AStA asta.uni-luebeck.de) die numerische Adresse (IP) des Computers gefunden werden (im Beispiel 141.83.153.100). So kann für mehrere Adressen auch ein Server im Internet zuständig sein. Für diese Zuordnung gibt es im Internet das Domain Name System (DNS), das wie ein Telefonbuch funktioniert. Nun besitzt jeder Provider einige DNS-Server. Diese tauschen sich untereinander aus, damit neue Adressen oder Adressänderungen sich weltweit durchsetzen. Das Telefonbuch ist also verteilt und wird von vielen gleichzeitig aufrecht erhalten. Darunter auch freie Server.

Im Falle von DNS-Sperren verpflichten sich nun die Provider (eines Staates), dem Anfragenden anstelle der korrekten IP eine falsche – etwa die eines „Stoppschild“-Servers – auszuliefern. Im Telefonbuch steht also eine falsche Nummer bei dem Namen. Die freien Server sind zu dieser Falschinformation jedoch nicht verpflichtet, daher lässt sich eine solche Sperre umgehen, sobald man einen anderen Standard-DNS-Server einträgt.

Der Filter auf IP-Basis

IP-Sperren, die auch zusätzlich zur DNS-Sperre eingesetzt werden können, verhindern den Zugriff auf einen kompletten Server im Internet. Funktioniert also die oben erwähnte Auflösung des Namens, kann über die IP-Sperre (beim AStA also die IP 141.83.153.100) immer noch der Zugriff verhindert werden. Alle Webseiten des Servers sind dann für die Kunden eines Providers nicht mehr erreichbar.

Lädt man eine Webseite (oder sonstige Daten) per Transmission Control Protocol (TCP), wird zunächst eine Verbindung zwischen Server und dem eigenen Computer aufgebaut (ähnlich einem Telefongespräch), der Dateninhalt wird übertragen und die Verbindung wieder beendet. Die Übertragung geschieht in kleinen Datenpaketen, die jeweils dem „Telefonat“ zugeordnet sind. Dazu steht die Adresse des Servers in jedem Paket. Hier kann nun entweder in den Aufbau der Verbindung vom Provider eingegriffen werden, so dass kein „Telefonat“ beginnt, oder die einzelnen Pakete mit dem Server als Absender können verworfen werden. Mit dem User Datagram Protocol (UDP), das ebenso im Internet verwendet wird, funktioniert nur die zweite Methode, da es verbindungslos abläuft.

Großer Nachteil dieses Ansatzes ist, dass damit meist viele Webseiten auf einmal gesperrt werden, da der ganze Server nicht mehr erreichbar ist. Ein ähnlicher Ansatz filtert Pakete, die bestimmte Wörter enthalten, betrachtet also anstelle der Absenderadresse den Inhalt.

Umgehen lässt sich dies durch Proxy-Server oder verschlüsselte Verbindungen. Proxy-Server sind „Vermittler“, die also lediglich Datenpakete weiterleiten. So ist die Übertragung möglich, da der eigene Computer nur mit dem Proxy in Verbindung steht und der Proxy erst mit dem gesperrten Server. Dadurch kommen beim Provider nur noch Pakete vom Proxy vorbei. Allerdings kann auch ein Proxy-Server auf der Liste der gesperrten IPs beziehungsweise Namen landen.

Verschlüsselte Verbindungen (etwa Virtual Private Networks, oder das Tor-Projekt) kapseln alle zu versendenden Daten in einer Art Briefumschlag (durch digitale Verschlüsselungstechnik). Damit sind weder der Absender noch Inhalte für den Zensierenden lesbar und es kann somit nicht mehr anhand der Liste aussortiert werden. Dies lässt sich nur durch die letzte Variante des Service Denial verhindern.

Zensur durch Service Denial

Die Datenpakete, die per TCP oder UDP versandt werden, heißen IP-Pakete. Sie enthalten einen Header – kann man sich vorstellen wie einen kleinen Aufkleber – der neben Absende- und Zieladresse auch einen Eintrag des Protokolls enthält, in dessen Diensten es versandt wird. Betrachtet der Provider diesen Eintrag, können Pakete gefiltert werden, die einem bestimmten Service zugeordnet sind. Dies kann etwa VPN sein, Tor oder auch einfache sichere HTTP-Verbindungen, die man für das Online-Banking und ähnliches verwendet. Dies wird jedoch selten realisiert, da Firmen all ihre Kommunikation über VPN organisieren und die Zensoren damit einen wesentlichen Teil der Wirtschaft am digitalen Handeln hindern.

Insgesamt gibt es einige Ansatzpunkte, Zensur von Inhalten im Internet zu realisieren, gegen die meisten gibt es aber – vor allem aufgrund der Globalisierung – Gegenmaßnahmen. Für anonyme Informationsbeschaffung ist das Tor-Projekt das vielversprechendste. Für die Veröffentlichung von Dokumenten, die für einen Einzelnen als Herausgeber große Folgen hätten (juristisch oder gar für Leib und Leben), gibt es außerdem noch das Projekt Wikileaks. Dieses Projekt widmet sich der Veröffentlichung solcher Dokumente und trägt Sorge, dass der Urheber nicht mehr aus dem Dokument heraus erkannt werden kann.

Deadline: Termine für Januar

11.01.2008 Todestag von Sir Edmund Hillary, dem Erstbesteiger des Mount Everest.

13.01.2010 Improvshow im Theater Kombinale (Hüxstraße) ab 19:30 Uhr

13.01.2010 Musik für Klavier, Posaune und Viola in der Musikhochschule (Kammermusiksaal) ab 19:00 Uhr

14.01.2010 Open Mike im „Zum Backhaus" (Artlenburger Straße 19) ab 20:00 Uhr

15.01.2010 Mitternachtsturnier Badminton, ab 23:00 Uhr, Burgfeldhalle, Am Gertrudenkirchhof

15.01.1915 Die erste Ausgabe des renommierten Wissenschaftsmagazins „Proceedings of the National Academy of Sciences" erscheint.

15.01.2001 Gründung von Wikipedia durch Jimmy Wales und Larry Sanger

16.01.2010 Ultimate Frisbee Turnier ab 9:00 Uhr an der Bundespolizeiakademie, Ratzeburger Landstr. 4 (auch am 17.01.2010)

16.01.2010 Musizierstunde Oboe, Musikhochschule ab 17:00 Uhr

16.01.2010 Kostümverkauf im Foyer des Theaters Lübeck ab 13:00 Uhr

17.01.2010 1.000.046ter „Geburtstag der Kunst", ein von dem französischen Fluxus-Künstler Robert Filliou begründeter Aktionstag

17.01.2010 Cello-Abend in der St. Jürgen Kapelle (Ratzeburger Allee 23) ab 17:00 Uhr

18.01.2010 Vortrag aus der Reihe „Einblick schafft Durchblick" über die Finanzkrise. 18:30 Uhr im AM1 des Audimax, der Eintritt ist frei.

18.01.2010 Musik für Viola und Trompete an der Musikhochschule (Kammermusiksaal) ab 20:00 Uhr

18.01.1996 In Lübeck sterben bei einem Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft 10 Menschen

20.01.2010 Berufungsvorträge für die W2-Professur Immunbiophysik 12:00 Uhr; BMO R60

20.01.2010 Musik für Violine in der Musikhochschule (Kammermusiksaal) ab 20:00 Uhr

21.01.2010 Studium Generale „Rausch und Rauschen" (Trancemedien und Medientrancen, Dr. Wolfgang Hagen, Deutschlandradio Kultur) 19:15 Uhr im Audimax

22.01.2010 Arabella (Premiere) im Theater Lübeck um 19:30 Uhr

22.01.2008 Heath Ledger stirbt im Alter von 29 Jahren infolge missbräuchlicher Einnahme verschiedener Schmerz- und Beruhigungsmittel

23.01.1988 In Seattle nehmen Nirvana ihre ersten Songs auf

26.01.2010 Kammermusik an der Musikhochschule ab 20:00 Uhr

27.01.2010 Holocaust-Gedenktag

28.01.2010 Europäischer Datenschutztag

28.01.1935 Mit dem isländischen Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft erlaubt erstmals ein Staat unter bestimmten Bedingungen Schwangeschaftsabbrüche.

28.01.1967 Erster Auftritt der Jimi Hendrix Experience

29.01.2010 Hedda Gabler (Premiere) im Theater Lübeck ab 20:00 Uhr

30.01.1948 In Neu-Delhi wird Mahatma Gandhi erschossen

30.01.1969 Die Beatles spielen ihr berühmtes letztes Konzert auf einem Dach in London

31.01.2010 42. Unilauf: Start um 14:00 Uhr auf dem Gelände der Universität, Anmeldung bis 13:00 Uhr in der „Sportbaracke"

31.01.2010 Faust im Theater Lübeck ab 18:00 Uhr

31.01.2010 Nationalfeiertag von Nauru


HENTE
WARSCHAU
LEIPZIG
BISCH
BOOM

AStA-Shop

der Universität zu Lübeck

